



Holzverarbeitung in Schweighofer-Sägewerk*
Das Meldesystem gezielt umgangen

Geschält und zersägt

Rohstoffe Umweltschützer bereiten eine Klage gegen die Holzfirma Schweighofer vor. Sie sehen sie als Anstifterin illegaler Geschäfte in den Karpaten.

Eigentlich ist Gerald Schweighofer ein Umweltschützer. So sah es zumindest der WWF, der jahrelang mit dem Österreicher und dessen Firma kooperiert hatte. Zusammen wollte man in den Karpaten einen der letzten Urwälder Europas schützen. Hieß es.

Die Firma Holzindustrie Schweighofer, eine der größten ihrer Branche in Europa, macht rumänischen und ukrainischen Wald zu Bauholz, Pellets und Platten. Allein in Rumänien betreibt sie drei riesige Sägewerke, in denen ein Großteil des dortigen Nadelholzes geschält, zersägt oder geschreddert wird. Für 2015 erwartet die Gruppe einen Umsatz von einer Milliarde Euro, ein Fünftel mehr als im Vorjahr.

Dem WWF sind inzwischen Zweifel gekommen, ob dies der Umwelt nutzt. Die Naturfreunde bereiten sogar eine Klage gegen den einstigen Partner vor, wegen Verletzung der EU-Holzhandelsverordnung EUTR. Nächste Woche soll es so weit sein. Der Fall könnte zur Bewährungsprobe für die als lasch geltende Verordnung werden.

Schweighofers Werke, so der Verdacht, profitierten vom illegalen Kahlschlag in den Karpaten. 400.000 Hektar, rund sechs Prozent der Waldfläche des Landes, sind laut rumänischem Rechnungshof seit der Wende ohne Genehmigung abgeholzt worden. „Ein Großteil davon wird bei Schweighofer gelandet sein“, sagt Johannes Zahnen vom WWF.

Zahnen führt in der Beschwerde noch weitere Verstöße an: So seien Stämme lange elektronisch vermessen worden statt mit der vorgesehenen Handmethode – wodurch weniger Holz abgerechnet worden sei.

Schweighofer bestreitet die Vorwürfe und beteuert, „alles Menschenmögliche“ zu tun, um illegale Lieferungen auszuschließen. Umweltschützer bezweifeln diese Bekenntnisse seit Langem. Ihre Recherchen versickerten jedoch lange im Dickicht aus untätigen Behörden und bestechlichen Forstbeamten.

Dieses Frühjahr allerdings lieferte Alexander von Bismarck ein entscheidendes Puzzleteil, das Schweighofer in Bedrängnis brachte (SPIEGEL 19/2015). Bismarck leitet die kleine Environmental Investigation Agency in Washington, die zusammen mit dem WWF gegen Schweighofer vorgeht. Er gab sich als Lieferant aus und filmte Manager von Schweighofer dabei, wie sie versichern, es sei „kein Problem“, wenn er mehr Holz liefere, als Genehmigungen vorlägen. Bismarck, dessen zweijährige Studie „Der gestohlene Urwald“ Basis der jetzigen Klage ist, hält die Firma für „den Motor des Kahlschlags“.

Schweighofer bestreitet das, die Aussagen damals seien aus dem Kontext gerissen.

Nach der Aktion Bismarcks wurde das rumänische Umweltministerium aktiv. Es kontrollierte die beiden großen Sägewerke in Radauti und Sebes. Der Bericht der Ermittler liegt seit Kurzem bei der Staatsanwaltschaft. Er erhärtet nicht nur den Verdacht der illegalen Holzverarbeitung, sondern dokumentiert auch die gezielte Umgehung des Meldesystems. Allein im Zeitraum von Januar 2014 bis April 2015 bestünde der begründete Verdacht, dass 27 Lieferanten 30.000 Kubikmeter illegales Holz ins Werk nach Sebes gebracht hätten.

Eigentlich sollte die seit 2013 geltende EUTR den Handel mit illegalen Holzprodukten verhindern. Jahrelang war um die

Verordnung gerungen worden. Von der ursprünglichen Idee, so WWF-Experte Zahnen, sei „nicht mehr als ein erbärmlicher Rest“ übrig, der die Branche nicht beeindrucke.

Die Schwächen der Regelung zeigten Greenpeace und der WWF gleich mehrfach auf. Sie präsentierten der in Deutschland zuständigen Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung Fälle wie den des illegalen Tropenholzes aus dem Kongo, das bei einer Firma in Gütersloh landete.

Die hiesigen Unternehmen konnten sich damit retten, die Produkte nicht als Erste in den europäischen Verkehr gebracht zu haben. Zwar obliegt ihnen eine Prüf- und Sorgfaltspflicht, doch „abschreckende Sanktionen“, wie von der EUTR vorgesehen, sind nicht zu befürchten. Die höchste Buße aus einigen Hundert Untersuchungen betrug hierzulande bisher 50 Euro.

Auch Gerald Schweighofer wälzt die Verantwortung ab. Wenn Lieferanten zusammen mit den Behörden Herkunftsnachweise fälschten, könne er nichts tun, sagte er in einem ORF-Beitrag.

Wirklich nicht?

Der rumänische Umweltaktivist Gabriel Paun studiert die Praktiken des Konzerns seit Jahren. Er sagt: „Viele der 27 Firmen, die der Ermittlungsbericht nennt, sind Schweighofers Babys, für gewöhnlich macht er sie groß und finanziert sie.“

Schweighofer teilte dazu mit, an keiner der Firmen beteiligt gewesen zu sein.

Die Österreicher nutzten offenbar noch andere Wege der Kontaktpflege: In einem Arte-Beitrag berichtete ein ehemaliger Förster, wie er über Jahre 1000 Euro bekommen habe, um illegale Rodungen durchzuwinken – pro Tag. Derartige Praktiken, so Zahnen, würden Holzindustrie Schweighofer zu einem „Anstifter“ machen.

Schweighofer lässt dazu nur wissen, Mitarbeiter müssten sich „zu 100 Prozent“ an gesetzliche Bestimmungen halten.

Der rumänische Förster berichtete noch etwas Interessantes: Das Holz sollte auf 3,10 Meter zugeschnitten werden, ein Maß, das nur Schweighofer verlangt hätte. „Je Meter Stamm ist aber nur ein Zentimeter Überlänge erlaubt“, so Zahnen. Verträge, die dem SPIEGEL vorliegen, bestätigen, dass Schweighofer über Jahre mindestens zehn Zentimeter Überlänge pro Stamm forderte. Schweighofer spricht von produktionstechnischer „Usance“, nur die Standardlängen seien verrechnet worden.

Schweighofer hätte auf diese Weise große Übermengen im Bestand, die er später als Holzbriketts oder Pellets verkaufen könnte. Abgerechnet und versteuert worden seien die zusätzlichen Mengen nicht, erzählt eine ehemalige Schweighofer-Managerin. Das sei nichts anderes als „Diebstahl“. Nils Klawitter

* In Rumänien.